

Herbert Küpper/ Zsolt Lengyel/ Hermann Scheuringer (Hrsg.): Ungarn 1989-2014. Eine Bilanz nach 25 Jahren. Regensburg 2016: Verlag Friedrich Pustet. 200 S., € 29,95

Was ist in Ungarn nach der „Wende“ geschehen? Für die aktuelle Rechtspolitik der ungarischen Regierung gibt es hierzulande wenig Verständnis, geschweige denn Sympathie. Eine vorzügliche Idee der Regensburger Fachleute für Ostmitteleuropa und speziell Ungarn also, zusammen mit ungarischen Kolleginnen und Kollegen die Entwicklung Ungarns seit 1990 zu bilanzieren! Zur Regensburger Tagung, die hierzu im November 2014 stattfand, liegt nun die Dokumentation vor. Neben den Grußworten geht es dabei um sieben Vorträge, die jeweils mit einem ausgewogenen Fazit und einem Abstract in Englisch abgeschlossen werden. Bei den Herren Autoren (tatsächlich ist keine Frau dabei) handelt es sich um Juristen, Historiker, Sprachwissenschaftler, Soziologen, die an Universitäten in Ungarn oder Bayern tätig sind.

Alle verwenden den Begriff „Wende“ (nur in in wenigen Fußnoten auch mal „Transformation“). Revolution war das nicht. Reformen von oben und schon vor 1989 haben den Systemwandel vorangetrieben. Ansätze von Marktwirtschaft, als legale Privatwirtschaft und/oder Schwarzmarkt gab es bereits, Teile der politischen Eliten konnten sich danach behaupten, insbesondere als Unternehmer. Die Verfassung wurde 1990 nur überarbeitet, erst zum 1.1.2012 durch ein Grundgesetz ersetzt. Gesellschaftliche Tendenzen (Rückgang der Geburten, auch der Selbstmorde, Zunahme der unverheirateten Eltern, Paare und Singles) prägten sich nur noch deutlicher aus. Laut Tibor Valuch (Debrecen) hat die Ungleichheit deutlich zugenommen: Starke Eliten und starke Unterschichtung (auf dem Lande, Arbeitslosigkeit) steht eine kleine, nicht besonders stabile Mittelschicht gegenüber. Leider sind diese Beobachtungen hier nicht durch Zahlen belegt.

Während sich der eine oder andere Beitrag an den Vorgängen (z.B. in der Kulturpolitik) kurz vor und nach der „Wende“ festbeißt, werden weitere Fragen dazu nicht weiter diskutiert: Wieso sind die reformerischen Kräfte, insbesondere die vor und gleich nach 1989 maßgeblichen Parteien, das konservative Ungarische Demokratische Forum MDF bzw. der progressive Verband der Freien Demokraten SzDSz nach 25 Jahren politisch bedeutungslos? Wieso kommt die ehemalige sozialistische Arbeiterpartei (heute MSzP) ihrer wichtigen Rolle als Opposition (Alternative, Kontrolle) nur begrenzt nach?

Der mit 40 Seiten umfangreichste Beitrag stammt von R. Göllner und befasst sich mit den Minderheiten, die sich selbst als solche bekennen, so über 130.000 Deutsche oder fast 30.000 Slowaken. Das Minderheitengesetz garantiert ihnen lokale Selbstverwaltung in vielen Belangen. Göllner erwähnt die anhaltend prekären Lebenslagen der über 550.000 „cigany“, wobei die Mehrzahl Ungarische Roma sind, die überwiegend Ungarisch als Muttersprache haben, während die Olah und Beas in Romanes oder rumänischen Dialekten aufwachsen. Nach wie vor besteht eine Vielzahl von Roma-Verbänden („Fraktionalisierung“), auf Landesebene sind die Roma nicht als Partei präsent.

Es kann unterstellt werden, dass die ungarische Minderheitenpolitik als Vorbild, ja Druckmittel etabliert wurde, um die Rechte der Auslandsungarn, speziell in Rumänien und der Slowakei (anzunehmen sind nach der Volkszählung 2011 etwa 6% bzw. 8,5% der dortigen Gesamtbevölkerung), zu stärken. Das Staatsbürgerschaftsgesetz von 2011 eröffnet Personen, die außerhalb Ungarns leben, jedoch ungarische Vorfahren und Sprachkenntnisse nachweisen, sich als Wähler in Ungarn registrieren zu lassen. Tatsächlich haben sich an den Parlamentswahlen 2014 etwa 200.000 solcher Personen beteiligt. Ob sich so die Zurückhaltung vieler Staaten gegenüber doppelter Staatsbürgerschaft überwinden lässt, ist mehr als fraglich.

Zu erwähnen ist noch der Aufsatz von M. Brusis, der die gemeinsamen Interessen der Visegrad-Gruppe (neben Ungarn die Slowakei, Polen und Tschechien) u.a. in Hinsicht auf die Förderung aus den Strukturfonds der EU, herausarbeitet, aber auch deren Uneinigkeit, etwa in Bezug auf den Euro, den allein die Slowakei 2009 eingeführt hat.

Der vorliegende Tagungsband liefert natürlich keine umfassende Bilanz, gerade auch im sozioökonomischen Sinne nicht, geschweige denn aus der Sicht der Bevölkerung. Aber woran sind Entwicklungen denn zu messen, wenn nicht an Wohlstand und Wohlbefinden, Lebensqualität und Teilhabe, Freiheitsgrade und Solidarität? Dass nicht alle Bürger und Bürginnen eine offene, moderne, pluralistische Gesellschaft schätzen und mittragen, ist offensichtlich, aber da steht Ungarn nicht allein. Auch in vielen anderen europäischen Ländern sind überzeugende Investitionen in Demokratie nötig.

Prof. Dr. Wolfgang **Berg**, München